

DER POLITISCHE GASTKOMMENTAR**Amerikas neue Außenpolitik**

Sechs Monate nach Obamas Amtsantritt zeigt sich: Sein neuer Diskurs ist mehr als bloß eine Geste



**VOLKER
PERTHES**

leitet die Stiftung
Wissenschaft und
Politik in Berlin.

Kein amerikanischer Präsident dürfte sein Amt mit einer so vollen außenpolitischen Aufgabenliste angetreten haben wie Barack Obama. Er kündigte an, er wolle den „Reset-Button“ im Verhältnis zu Russland drücken, eine offene Hand in Richtung Iran ausstrecken, sich um den Nahostkonflikt kümmern, die Truppen aus dem Irak abziehen, mehr Ressourcen für Afghanistan mobilisieren, den Klimaschutz vorantreiben und sich für eine Welt mit weniger Atomwaffen einsetzen. Man werde die multilaterale Zusammenarbeit stärken, Verbündete ernsthaft konsultieren und eine legitime Führungsrolle der USA wiederherstellen. Kritiker beginnen bereits zu mäkeln, dass Obama bislang zwar viele Signale gesendet, aber wenig Substanz geliefert habe.

Richtig ist, dass gute Rhetorik harte Interessenkonflikte nicht aus dem Weg räumt und Hardliner wie Nordkoreas Kim oder Irans Ahmadinedschad nicht zu Freunden der USA macht. Kritik, die das Ausbleiben rascher Ergebnisse bemängelt, übersieht allerdings wesentliche internationale Entwicklungen und ignoriert auch den engen Zusammenhang zwischen Wort und Tat.

So wurde die globale Finanz- und Wirtschaftskrise vom Antritt der neuen Administration an zu einem der beherrschenden Themen auch der Außen- und Sicherheitspolitik. Sie fordert die Leistungsfähigkeit des Staates heraus, nährt protektionistische Gelüste und macht neue Formen internationaler Koordinierung erforderlich. Auch die europäischen Verbündeten hatten nicht erwartet, dass ihr erstes Spitzentreffen mit dem neuen US-Präsidenten nicht der Nato-Gipfel, sondern das Spitzentreffen der G20 sein würde.

Die Wirtschaftskrise verändert die sicherheitspolitische Perspektive insgesamt. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass die Zahl gescheiterter Staaten zunimmt. Was wir heute an Staatszerfall in Somalia erleben und wegen der unmittelbaren Folgen für den Schiffsverkehr mit besonderer Aufmerksamkeit wahrnehmen, kann morgen dem Jemen oder Tadschikistan, Tschad oder Kongo drohen. Die Wirtschaftskrise hat die außenpolitische Agenda über die bekannten Konflikte hinaus erweitert, ohne dass diese weniger dringlich geworden wären: Man kann den Nahostkonflikt oder den Atomstreit mit Iran nicht einfrieren, bis die Weltwirtschaft wieder von selbst läuft.

Die Obama-Regierung hat deutlich gemacht, dass sie bei der Lösung globaler und regionaler Probleme zwar führen, aber nicht unilateral handeln will. Zur Rettung der Weltwirtschaft oder des Klimas, zur Sicherung der Freiheit der Weltmeere, zur Eindämmung Nordkoreas oder zur Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts sind die USA auf multilaterale Zusammenarbeit angewiesen: mit Europa, Russland, den Schwellenländern sowie den Staaten der jeweiligen Konfliktregion. Dafür aber gilt es, viel Skepsis zu überwinden.

Gerade im Nahen Osten, in Afghanistan und der muslimischen Welt im Ganzen zeigt sich, wie sehr Obamas neuer Diskurs und politische Handlungsmöglichkeiten zusammengehören. Eine amerikanische Regierung, die den Atomstreit mit Iran beilegen, Israel und Palästina zum Frieden führen oder verhindern will, dass extremistische Gruppen in der muslimischen Welt weiter Zulauf erhalten, muss sich auf den Kampf um die Köpfe einlassen.

Natürlich sichert ein besseres Image der USA noch nicht die notwendige Kooperation der anderen Staaten. Tatsächlich muss Obama hier mehrere Tests bestehen. Da sind diejenigen, die herausfinden wollen, wie weit sie einem mutmaßlich „weichen“ amerikanischen Präsidenten gegenüber gehen können: Nordkorea mit seinen Atom- und Raketentests, Iran, das zwar verhandeln, aber selbst keine Zugeständnisse machen will, oder auch die israelische Regierung, die darauf hofft, dass Obamas Forderungen, den Siedlungsbau einzustellen, sich abnutzen werden.

Da sind aber auch einige europäische Verbündete und große Schwellenländer, die abwarten, ob Obama wohl Erfolg haben wird, selbst aber wenig Bereitschaft zeigen, mehr Verantwortung zu übernehmen. Das gilt für China und Indien beim Klimaproblem, für China auch in Bezug auf Nordkorea, für Europa mit Blick auf Afghanistan. Dabei bittet Washington kaum noch um mehr Soldaten, sondern um Hilfe beim Aufbau und bei der Polizeiausbildung.

Amerikas Partner wären gut beraten, sich aktiv einzubringen. Vornehme Zurückhaltung wird nur denjenigen in den USA Auftrieb geben, die von Europa ohnehin wenig halten, China vor allem als zukünftigen Konkurrenten sehen und amerikanische Politik auf einen unilateralen Kurs zurückführen wollen.